

Beratungsstellen protestieren

HANAU Kürzungen liegen zwischen 2500 und 7500 Euro / Dezernent wirbt für Verständnis

Unter dem Motto „Das Beratungsangebot gerät ins Wanken“ haben am Mittwoch sieben Hanauer Beratungsstellen gegen Kürzungen der Zuschüsse durch die Stadt Hanau protestiert. Mit schwankenden Kartons zeigten sie den Passanten, wie sehr die Beratung in sozialen und medizinischen Themen in Gefahr ist.

Die Fakten sind da: In den Verträgen, die die Stadt den Beratungsstellen für 2015 bis 2017 vorgelegt hat, stehen 20 Prozent weniger als bisher. Lawine (Beratungs- und Präventionsstelle gegen sexuelle Gewalt) und Pro Familia müssen auf jeweils 7500 Euro im Jahr verzichten, die Hanauer Hilfe und die Aidshilfe auf 2500 Euro. Die Stiftung Lichtblick bekommt für Obdachlosenberatung und Familienbildung



Sehr wackelig: Das Beratungsangebot in Hanau.

ROLF OESER

knapp 6000 Euro weniger, die Selbsthilfekontaktstelle und Frauen helfen Frauen (Beratung und Frauenhaus) 5000 Euro weniger. Zudem laufen die Verträge nicht fünf, sondern drei Jahre.

Einen genauen Plan, wie sie mit den Kürzungen umgehen wollen, haben die Beratungsstellen noch nicht. Jede Stelle müsse nun schauen, ob sie zum Beispiel mehr Geld über Spenden einwer-

ben könne, was auch viel Zeit beanspruche, sagt Katja Weiß von Pro Familia. Und hoffen, dass nicht auch andere Geldgeber sparen. Insgesamt müsse wohl nicht nur an den Beratungszeiten gekürzt werden, auch Arbeitsplätze seien in Gefahr, sind sich die Protestierenden einig.

Sozialdezernent Axel Weiss-Thiel (SPD) hörte sich die Kritik an. Gegenüber der FR betonte er erneut, dass die Stadt die Zuschüsse grundsätzlich freiwillig leiste, dass die Beratungsstellen auch andere Einnahmequellen hätten und die Kürzungen angesichts der Finanzsituation Hanaus leider nötig seien. Er wünsche sich „einen fairen Umgang und ein gemeinsames Durchstehen dieser eindeutig schwierigen Zeit“. ran